

GR. Mag. Verena ENNEMOSER

11.02.2009

A N T R A G

Betr: Kunst im öffentlichen Raum in Graz

Die Gestaltung der Plätze in der Stadt Graz und die dort installierten Kunstwerke markieren Meilensteine in der Grazer Stadtentwicklung – eine Stadt die den öffentlichen Nahverkehr fördert und den Fußgängern die Stadt zurückgibt. Stadtraum und Kunst ist ein wichtiges Element in der Entwicklung der Stadt, ob nun eine Brunnenanlage unweit der Barmherzigenkirche oder die größte Plastik im öffentlichen Raum – das Lichtschwert vor der Oper.

Wenn man nun über den Mursteg hinüber zum Schloßbergplatz geht, kennt jeder diesen Blick zwischen dem Palais Attems auf der rechten Seite und der Dreifaltigkeitskirche auf der linken Seite, zum Schloßbergplatz und zur Stiege hinauf auf den Schlossberg.

Und genau dort befindet sich ein Kunstwerk, auf dem die Fußgänger gehen, wenn sie diese Gasse passieren.

Im Rahmen des Kulturmonates 1993, 10 Jahre vor dem Kulturhauptstadtjahr, wurden hier Literaturzitate aus Metall in den Boden installiert. Dieses Kunstwerk ist fixer Bestandteil von Altstadtführungen und umso verwunderlicher ist es, dass auf dem letzten Teil dieses Kunstwerkes zwei Fahrradständer stehen. Das heißt, das Kunstwerk ist in seiner Gesamtwirkung unterbrochen und hat so auch seine Wirkung und eigentliche Bedeutung verloren.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen der ÖVP –Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker möge veranlassen, die beiden Fahrradständer so zu versetzen, dass dieses dort installierte Kunstwerk zur Geltung kommt und wir dem Titel Kulturhauptstadt gerecht werden.

GR. Kurt HOHENSINNER

11.02.2009

A N T R A G

Betr.: Mobile Sperrmüllsammlung

Im letzten Jahr wurde auf die Initiative von Vizebürgermeisterin Lisa Rücker und Bezirksvorsteher Johannes Obenaus seitens der Wirtschaftsbetriebe in den Bezirken Andritz, Gösting, Mariatrost, Eggenberg und Geidorf eine mobile Sperrmüllsammlung als Pilotversuch durchgeführt.

Der Sperrmüll wurde zu denselben Bedingungen wie bei der AEVG in der Sturzgasse angenommen.

Da sich diese Neuerung in den Randbezirken sehr bewährt, ist eine Fortsetzung dieses Projektes sinnvoll.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die für die Wirtschaftsbetriebe zuständige Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird ersucht, das im letzten Jahr erfolgreich durchgeführte Pilotprojekt „mobile Sperrmüllsammlung“ auch in diesem Jahr zu veranlassen.

GR. Thomas Rajakovics

11.02.2009

A N T R A G

Betr.: Hundewiese im Volksgarten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vor vier Jahren habe ich die damalige Stadträtin Elfriede Monogioudis gefragt, wie es mit einer Hundewiese im Volksgarten aussieht. Die Antwort war: Es ist alles in Planung, sie kommt.

Bis jetzt ist leider nichts gekommen und etliche Bekannte von mir und auch ich selbst müssen leider feststellen, dass außer dem Kinderspielplatz (und auch dieser leider manchmal) scheinbar der gesamte Park Hundewiese ist, denn und ich habe das auch mehrfach dokumentiert, auf allen anderen Wiesen laufen die Hunde, immer ohne Maulkorb und natürlich nicht angeleint herum.

Gerade der verschneite Volksgarten zeigt dann, durch seine zahlreichen braunen Häufchen, sehr deutlich das Resultat dieser exzessiven Nutzung des Parks durch die HundebesitzerInnen.

Es gibt einiges im Volksgarten, das verbesserungswürdig erscheint, aber ich glaube kaum etwas wäre so einfach umsetzbar, wie eine abgegrenzte Hundewiese. Und ich ersuche wirklich die Hundewiese, wie im Oeverseepark oder im Augarten zu umzäunen und nicht den Kinderspielplatz, wie im Metahofpark.

A n t r a g

Die zuständigen Stellen mögen umgehend die Planungen zu einer Hundewiese im Volksgarten abschließen und diese nach Möglichkeit noch bis zum Sommer des heurigen Jahres realisieren.

GR. DI Georg TOPF

11.02.2009

A N T R A G

Betr.: Gebäude an der Ecke Tändelwiese – Herrgottwiesgasse

Die im städtischen Eigentum befindlichen ebenerdigen und zum Teil an Einzelunternehmer vermieteten Objekte an der Ecke Tändelwiese - Herrgottwiesgasse befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand. Die anrainende Bevölkerung beklagt sich zurecht, dass zwar im unmittelbaren Umgebungsgebiet immer wieder Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen an Gebäuden und deren Umfeld durchgeführt werden, dass aber die vorerwähnten Objekte nach wie vor schon seit längerer Zeit nicht in einen attraktiveren Bauzustand versetzt werden. Damit verbunden sind für die Zukunft auch Überlegungen hinsichtlich zweckmäßiger und bedarfsgerechter Nutzungen dieser Gebäude anzustellen.

Namens der ÖVP Gemeindefraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, ein Sanierungsprojekt und ein Nutzungskonzept für die Objekte Ecke Tändelwiese - Herrgottwiesgasse zu erstellen.



Betr.: Errichtung (Verlängerung) eines Gehsteigs in
der Weinitzenstraße 52

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 11. Februar 2009

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der erfreuliche Trend, dass immer mehr Menschen ihren Wohnsitz (zurück) nach Graz verlegen, ist auch im Bezirk Andritz deutlich spürbar. Das zeigt sich unter anderem in der regen Bautätigkeit in der Weinitzenstraße. Die Folge davon ist natürlich, dass auch immer mehr FußgängerInnen hier unterwegs sind.

Allerdings: Die Weinitzenstraße ist eine Verbindungsstraße, auf der Tausende EinpendlerInnen aus dem Norden bzw. Nordosten des Umlandes über den Annagraben kommend nach Graz fahren. Leider ist jedoch zur Zeit ein Gehsteig nur bis zum Popelkaring bzw. zur Hausnummer Weinitzenstraße 52 vorhanden, in weiterer Folge müssen die AnrainerInnen auf den Rand der stark befahrenen Straße ausweichen, was immer wieder zu äußerst gefährlichen Situationen führt.

Ich stelle daher Namens der SPÖ Gemeinderatsfraktion

den Antrag:

Das Straßenamt möge beauftragt werden, zur Hebung der Verkehrssicherheit zwischen der Weinitzenstraße 52 und der Weinitzenstraße 62 raschestens möglich einen Gehsteig errichten.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Ausbau Jugendzentrum Andritz

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 11. Februar 2009**

Bereits seit längerer Zeit gilt das Dach des Jugendzentrums Andritz in der Prochaskagasse als äußerst sanierungsbedürftig, da es an mehreren Stellen undicht ist. Zwar gab es bereits mehrmals Ausbesserungsarbeiten, doch führten diese bis dato zu keinen nachhaltigen Erfolgen.

Da nunmehr eine Generalsanierung die einzig sinnvolle Lösung sein dürfte, könnte bei dieser Gelegenheit den stetig steigenden Anforderungen in Andritz nach mehr Kinderbetreuung Rechnung getragen werden, wie auch bereits von der SPÖ Andritz in einem entsprechenden Bezirksratsantrag hingewiesen wurde. Denn Andritz ist ein Zuzugsbezirk, und die große Zahl an Jungfamilien führt zu einer steigenden Nachfrage nach Krippen- Kindergarten- und Hortplätzen. Dem könnte durch einen Giebeldachausbau des Jugendzentrums entsprochen werden.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

das Jugendzentrum Andritz durch einen Dachausbau zu erweitern, um in der Folge in diesem Objekt den Kindergarten zu erweitern und Platz für eine Kinderkrippe zu schaffen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft Verwaltungsreform und Arbeitsplätze

Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau GRin Mag. Dr. Karin Sprachmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 11.02.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Verwaltungsreform ist ein politisches Dauerthema, welches laut Regierungsprogramm in dieser Gesetzgebungsperiode verwirklicht werden soll. Eine Arbeitsgruppe, welche seitens der neuen Regierung eingesetzt wurde, soll bereits im ersten Quartal 2009 konkrete Pläne vorlegen.

Verbunden mit der Verwaltungsreform ist nicht nur mehr Effizienz im Handeln und der Dienstleistung von Bund, Land und Gemeinden gegenüber den BürgerInnen, sondern auch eine schlankere Verwaltung mit einer Senkung der Verwaltungskosten. Damit sind Arbeitsplätze angesprochen. Allein der Personalstand des Bundes soll auf unter 130.000 MitarbeiterInnen gesenkt werden. Im Gegenzug sollen jedoch auch neue Strukturen geschaffen werden. Es soll beispielsweise neben den Landesverwaltungsgerichtshöfen auch die Einführung von neuen Bundesverwaltungsgerichtshöfen überprüft werden, der Jugendgerichtshof in Wien ist in Entstehung- wie wir jüngst gehört haben- es sollen die Bezirks- und Landesschulräte abgeschafft werden, weiters sollen Doppelgleisigkeiten bei Bundes und Landesbehörden z.B. im Bereich der Schulbehörden beseitigt werden. Ebenfalls sollen verschiedenste Koordinierungsstellen eingesetzt werden.

Kurzum, es werden alte Bereiche aufgelöst und neue Behörden entstehen, dieser Prozess ist nichts Schlechtes, jedoch kann er durchaus zu einer Ämterkumulierung und Zentralisierung von Ämtern auf die Bundeshauptstadt Wien – jüngstes Beispiel ist die Schaffung des Bundesasylgerichtshofes in Wien, sowie der neu in Planung befindliche Jugendgerichtshof in Wien – führen und damit die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Wien, während die anderen Bundesländer und ihre Landeshauptstädte ausgehöhlt werden. Graz als größte Landeshauptstadt nach Wien und mit Stand Dezember 2008 15.168 arbeitslosen BürgerInnen ist davon am Stärksten betroffen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Der Grazer Gemeinderat fordert die Bundesregierung und die von ihr zum Bereich Verwaltungsreform eingesetzte Arbeitsgruppe auf, bei der Planung der künftigen Verwaltungsreform einer massiven Zentralisierung der Behörden auf die Landeshauptstadt Wien entgegenzutreten und bei den künftigen Standorten von neu zu schaffenden Behörden oder auszubauenden Ämtern die Landeshauptstädte und dabei insbesondere Graz, als zweitgrößte Landeshauptstadt Österreichs zu berücksichtigen.

Antrag von Grünen, SPÖ und KPÖ
eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 11.2.2009
von Klubobfrau Sigi Binder

Betreff: Implementierung von Schulparlamenten

Nationalratswahl 2008: Der Schock sitzt tief. Die Großparteien verlieren massiv, die Populisten gewinnen. Der Plan, mit Freigabe des Wahlrechts für 16-Jährige Stimmen dazuzugewinnen, geht ziemlich einseitig aus und das Unterrichtsministerium lässt neben dem schon bestehenden Unterrichtsprinzip Politische Bildung einen neuen Lehrplan für Politische Bildung ab der 8. Schulstufe erarbeiten. Dabei wird formuliert, dass Politische Bildung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewusstsein, einem gesamteuropäischen Denken und zur Weltoffenheit beitragen muss.

Drei Säulen tragen die Politische Bildung in den schulischen Einrichtungen:

- Vermittlung von Wissen und Kenntnissen
- Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten
- Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln

Das österreichische Schulsystem ist nicht nur ein hierarchisch gegliedertes und von parteipolitischen Interessen durchzogenes System (SchulleiterInnenbestellung!), sondern sieht vom SchUG her auch keinen geeigneten Rahmen für die Mitspracherechte der 6 – 14 jährigen SchülerInnen vor. Das Anhörungsrecht bezieht sich auf die/den einzelnE SchülerIn, nicht aber auf ein geeignetes Forum, das nicht Einzelinteressen formuliert sondern klassenübergreifend Möglichkeiten und Zugänge schafft, gemeinsame Interessen verantwortungsvoll ins Schulleben einzubringen.

Es ist eine alte pädagogische Weisheit, dass SchülerInnen am besten durch Erfahrungen lernen und Demokratie muss gelernt werden. Kompetenzen wie Sozialkompetenz, Verhandlungskompetenz, Teamfähigkeit, die Förderung kritischer Loyalität und die Akzeptanz gegenüber legitimierten Autoritäten müssen geübt werden.

In einigen Pflichtschulen in Österreich sind daher in den letzten Jahren Schulparlamente gegründet worden, die wichtige Ergänzungen zu den vom SchUG vorgesehenen Gremien der Schulpartnerschaft darstellen. Graz könnte in diesem Sinne als Bildungsstadt eine Initiative starten, indem sie versucht, Schulen für die Einrichtung von Schulparlamenten zu gewinnen. Sie könnten auch eine gute Ergänzung zum schon vorhandenen Kinderparlament sein.

Daher stelle ich im Namen der Grazer Grünen – ALG folgenden

Antrag

Die zuständige politische Referentin wird beauftragt, gemeinsam mit dem Schulamt Kontakt mit den BezirksschulinspektorInnen aufzunehmen, um mit den Grazer Pflichtschulen Möglichkeiten auszuloten, geeignete gremiale SchülerInnen - Vertretungsformen wie z.B. Schulparlamente zu implementieren.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

11.02.2009

Antrag

Betrifft: Gösting Radweg R 39 - Lückenschluss

Das Grazer Naherholungsgebiet "Thaler See" wird ganzjährig von zahlreichen RadfahrerInnen besucht. Das Angebot rund um den See reicht von Bootsfahrten, Spaziergängen bis hin zu Erlebnisausflügen für viele Grazer Familien mit ihren Kindern.

Der Radweg R 39 zum „Thaler See“ vom Grazer Stadtgebiet kommend zählt zu den meistfrequentierten Radrouten zu Ausflugszielen. Vom Schlossplatz Gösting führt der Radweg R 39 mit Anschluss an den Radweg R2 entlang des Thalbachweges, der nach ca. 300 Meter in die sehr stark vom Individualverkehr frequentierte Thalstraße mündet. RadfahrerInnen mit ihren Kindern fahren dann unter sehr gefährlichen Verhältnissen auf einem uneinsichtbaren ca. 500 Meter langen Straßenstück, bis sie vor einer unübersichtlichen Straßenstelle die Thalstraße queren müssen, um auf den Radweg R 39 zu gelangen. Zahlreiche Unfälle und sehr gefährliche Situationen zwischen RadfahrerInnen und Individualverkehrsbenützer stehen an der Tagesordnung.

Bei der Projektierung der Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2009 fehlt nun dieser aufgrund seiner extremen Gefährlichkeit äußerst wichtige Lückenschluss.

Der aktuelle Projektgenehmigungsbericht für Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2009 weist auf Vorreihung aktueller, dringender Geh- und Radwegprojekte hin. Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob der Lückenschluss des Radweges R 39 in Gösting, zwischen dem Thalbachweg und dem vorhandenen Radweg in der Thalstraße aufgrund seiner sowohl für RadfahrerInnen als auch für Individualverkehrsbenützer extremen Gefährlichkeit rasch projektiert und vorgereicht werden kann.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Mittwoch, 11. Februar 2009

Antrag

Betrifft: 12. Februar-Gedenken – Straßenbenennung nach Anna Cadia

Den morgigen Tag, den 12. Februar, nehme ich zum Anlass, daran zu erinnern, dass vor 75 Jahren in Österreich ein Bürgerkrieg in der denkbar schärfsten Form, als bewaffneter Kampf, ausgetragen wurde. Der Februar 1934 nimmt in der Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftsklassen in Österreich einen besonderen Platz ein. Teile der ArbeiterInnenschaft, im Republikanischen Schutzbund organisiert, versuchten die Demokratie zu verteidigen, der faschistischen Offensive der Dollfuß-Regierung entgegenzutreten. Obwohl der mutige Kampf von Beginn an aus verschiedenen Gründen unter äußerst ungünstigen Vorzeichen stand, lieferten die ArbeiterInnen und SchutzbündlerInnen den an Zahl und Ausrüstung überlegenen Regierungstreitkräften erbitterten Widerstand. Brennpunkte der Kampfhandlungen waren u. a. in der Steiermark das obersteirische Industriegebiet mit Bruck an der Mur und die Vororte von Graz – Eggenberg und Gösting.

Eine der mutigen Frauen in Graz, die sich auch aktiv im Februar 1934 für die Demokratie und die Abwehr des Austrofaschismus eingesetzt hat, möchte ich heute stellvertretend für viele herausgreifen. Ihr Name ist Anna Cadia. Sie wurde am 18. Dezember 1903 als Kind einer Grazer Arbeiterfamilie geboren. 1909 stirbt ihr Vater und ihre Mutter muss allein für sie und ihre fünf Geschwister sorgen. Auch Anna Cadia muss bereits sehr früh mithelfen, die Familie zu ernähren. So geht sie für zweieinhalb Jahre zu einer Bauernfamilie in Dienst und leistet sehr schwere körperliche Arbeit. Ihr weiterer Weg führt sie über Hilfsdienste in einer Grazer Brikettfabrik, Zeitungsaustragen zu einer Anstellung in einer Schuhcremefabrik. Danach arbeitet sie als Hausgehilfin, wobei erkannt wird, dass sie gut mit Kindern umgehen kann. Als eine Hebammen-Fürsorgerinnen-Schule gegründet wird, besteht sie trotz fehlender Mittelschule die Aufnahmeprüfung und besucht sie ein Jahr lang, bis Oktober 1925. Zu den Fortschritten auf sozialem Gebiet zur damaligen Zeit, zählen für Anna Cadia das Frauenwahlrecht von 1918, das Mieterschutzgesetz, das 1917 aufgrund der vielen Delogierungen eingeführt werden musste und insbesondere auch die Gründung der Jugendämter und Fürsorge als Folge der Verwahrlosung vieler Kinder und Jugendlicher im ersten Weltkrieg. Neu geschaffen wurden damals ebenfalls die Arbeitslosen- und Altersversicherung, Ernährungsbeihilfen für arme Familien, die Mütterberatung und der Beruf der Fürsorgerin. Und diesen Beruf hat Anna Cadia auch ab 1925 ergriffen. Anna Cadia ist für ihre sozialen Haltungen und ihr politisches Engagement bekannt. Sie arbeitet auch aktiv in der

Illegalität mit und verteilt die Geldspenden der „Roten Hilfe“. Im Februar 1934 wird sie als Fürsorgerin entlassen und lernt erneut die Arbeitslosigkeit kennen. Der Einberufung für drei Monate Polizeihaft im selben Jahr kann sie noch entkommen, aber am 20. Mai 1940 wird sie tatsächlich verhaftet und kommt ins Landesgericht in Untersuchungshaft. Erst am 21. Juni 1941 findet die Verhandlung statt, für Anna Cadia lautet das Urteil zweieinhalb Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Im Jänner 1943 wird sie ins Lager Ravensbrück überstellt. Am 30. April 1945 werden 10000 Frauen auf einen Todesmarsch aus dem Lager gegen Osten getrieben. Anna Cadia gelingt die Flucht und Mitte 1945 kehrt sie nach Graz zurück. Kurze Zeit arbeitet sie in der Landesregierung, im Kulturamt. Dann übernimmt sie für dreieinhalb Jahre die Leitung des Grazer Kinderheims, um dann weitere 15 Jahre als Mitarbeiterin der Zentralfürsorgestelle in Graz zu arbeiten. Mit 61 Jahren tritt Anna Cadia in den wohlverdienten Ruhestand. Sie stirbt im Mai 2001 und beendet ein aktives, von sozialem Engagement geprägtes Leben.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion

folgenden

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Anna Cadia eine entsprechende Würdigung für ihr Wirken in der Stadt Graz erhalten soll, indem eine Straße oder ein Platz nach ihr benannt wird.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

11.02.2009

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betr.: Line 1 - Frequenzverdichtung

Die Linie 1 zwischen Mariatrost und Eggenberg ist für tausende Berufstätige und SchülerInnen die einzige Möglichkeit, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte bzw. zur Schule zu kommen.

Gerade diese Linie dient unzähligen Bediensteten von LKH West, UKH und auch vom Spital der Barmherzigen Brüder, die in aller Herrgottsfrüh ihren Dienst beginnen, aber 20-Minuten Intervalle nicht unbedingt als Einladung zum Umsteigen in die Straßenbahn (und Verzicht auf den Privat-Pkw) erleben. Ähnliches gilt für PatientInnen, die immer wieder eines der Spitäler aufsuchen müssen und das Recht haben, nicht lange auf ihre Verkehrsmittel warten zu müssen.

In den Stoßzeiten vor Schulbeginn ist die Transportqualität auf Grund der Überfüllung mitunter als reine Zumutung für den zahlenden Fahrgast zu bezeichnen.

Eine Frequenzverdichtung der Linie 1 ist also ein Gebot der Stunde.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die nötigen Schritte zur Taktverdichtung der Linie 1 in den frühen Morgenstunden vorzunehmen.

Gemeinderat **Christoph Hötzl**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.02.2009

Betrifft: **Verlegung der stadteinwärts führenden Straßenbahnhaltestelle Linie 6
im Bereich der ehemaligen Endstation St. Peter;
Antrag eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 11.02.2009**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nach der medial intensiv begleiteten Verlängerung der Linie 6, die im Übrigen von einer Mehrheit der betroffenen Bevölkerung abgelehnt wurde, was sich auch in einer wegen eines Formalfehlers aufgehobenen Volksbefragung widerspiegelte, ergeben sich nun neben der finanziellen Großbelastung, verursacht durch die Straßenbahnverlängerung, noch weitere Ärgernisse für die Grazerinnen und Grazer. So ist nun auch die Neugestaltung der diversen Haltestellen von Straßenbahnen und Autobussen im Bereich der alten Umkehre St. Peter Schulzentrum (ehemalige Endstation Linie 6) mehr als notwendig geworden.

Da die Fahrpläne aufeinander abgestimmt sind, müssen hierorts speziell ältere Mitbürger und GVB-Nutzer die ca. 150 m Entfernung zwischen Straßenbahn- und Bushaltestelle im Rekordtempo zurücklegen, um die anderen öffentlichen Verkehrsmittel auch zu erreichen. Für viele Menschen ist dies in so kurzer Zeit schlicht unmöglich, zumal eine derartige Lösung bestenfalls als Karikatur einer Haltestelle mit Umsteigemöglichkeiten zu bezeichnen ist.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu ersuchen, mit den Grazer Verkehrsbetrieben in Verhandlungen zu treten, um die Verlegung der Straßenbahnhaltestelle der stadteinwärts führenden Linie 6 (Haltestelle St. Peter Schulzentrum), direkt zu den Bushaltestellen (ca. 150 m weiter süd-östlich) zu erwirken.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen die Umsetzung dieser Maßnahme in Zusammenarbeit mit den Grazer Verkehrsbetrieben ohne Verzögerungen einzuleiten.

Gemeinderätin Ingrid Benedik

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.02.2009

Betrifft Erhöhung der Solarförderung;
Antrag eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 11.02.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die schlechten topographischen Begleitumstände unserer Landeshauptstadt Graz und die dadurch begünstigte Feinstaubentwicklung erfordern auf diesem Gebiet auch seitens der Kommunalpolitik intensivere Bemühungen als bisher.

Hier besteht nun seitens der öffentlichen Hand ein dringender Handlungsbedarf, da durchaus Einsparungspotential vorhanden ist. Beispielsweise erscheint es gerade in den Sommermonaten als nicht Ziel führend, Warmwasser auf dem Wege herkömmlich gewonnener, vor allem fossiler Energie, zu erzeugen. Wenn nun gleichzeitig Klimaanlage zur Kühlung der überhitzten Wohnräume betrieben werden, so ist dies ein weiterer kontraproduktiver Baustein in dieser wichtigen Problematik.

Deshalb ist ein Steuerungsversuch der Politik gefragt. In diesem Zusammenhang sei angeführt, dass die Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern die mit Abstand niedrigste Förderung für den Bau von Solaranlagen zur Wasseraufbereitung vergibt. Gerade in Zeiten steigender Energiepreise und unsicher gewordener Energieversorgung könnte die gesteigerte Errichtung von Solaranlagen zumindest in den Sommermonaten einen Baustein zur Sicherstellung der Energieversorgung darstellen. Ich stelle daher namens des FPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die seitens der Stadt Graz vergebenen Förderungen für die Errichtung von Solaranlagen, von €50 auf €150 pro m² Solarfläche zu erhöhen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die Verantwortlichen der Stadt Graz werden ersucht, an die zuständigen Stellen des Landes heranzutreten, um eine Erhöhung der Förderung für die Errichtung von Solaranlagen insbesondere für die Warmwasseraufbereitung anzuregen.

Gemeinderätin Ingrid Benedik

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.02.2009

**Betrifft Verkauf der Hummelkaserne- Errichtung von Gemeindewohnungen;
Antrag eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 11.02.2009**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Diversen Tageszeitungen war zu entnehmen, dass der für das Jahr 2009 geplante Verkauf der Hummelkaserne aufgrund fehlender Ersatzbauten verschoben wird. Allerdings beinhaltet das schwarz-grüne Regierungsübereinkommen, dass auf eben diesem Areal dringend benötigte Gemeindewohnungen entstehen sollten. Zusätzlich zu der zeitlichen Verschiebung ist auch noch ein privater Investor auf den Plan getreten.

Ich erinnere nun an das Sachprogramm „Wohnen“ - ein Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1996 im Rahmen der landesgesetzlichen Vorgabe des Raumordnungsgesetzes als wesentlicher Teil des Stadtentwicklungs-Konzeptes. Demnach wurde bis zum Jahr 2006 ein Bedarf an 15.800 Neubauwohnungen erhoben. Alleine bis zum Jahr 2000 hätten diesem Gemeinderatsbeschluss zufolge 800 kostengünstige Wohnungen geschaffen werden sollen. Der primäre Wohnungsbedarf umfasste jene Personen, die persönlich oder wirtschaftlich nicht in der Lage waren, sich am freien Markt mit einer Wohnung zu versorgen. In diesem Zusammenhang hat Herr Stadtrat Rüschi im Verein mit Frau Stadträtin Kahr im August des vergangenen Jahres medienwirksam den Bau von 500 Sozialwohnungen angekündigt. Selbst bei sofortiger Umsetzung dieses Vorhabens wäre dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen.

Nun scheint unserer Stadt mit der Hummelkaserne, für die ex lege für die Stadt Graz ein Vorkaufsrecht besteht, ein weiterer potentieller Baugrund abhanden zu kommen. Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsreferenten und Abteilungen der Stadt Graz werden beauftragt, sofort mit den zuständigen Stellen des Bundes und des Österreichischen Bundesheeres in Verbindung zu treten, um einen Ankauf der Hummelkaserne durch die Stadt Graz unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen auszuverhandeln.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mit sämtlichen möglichen Vorarbeiten zu beginnen, um im Falle erfolgreicher Vertragsverhandlungen

ohne Verzögerungen mit dem Bau von Sozialwohnungen beginnen zu können.

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

11.02.2009

Betrifft: Leonhardplatz/ Endstation Linie 7
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Seit mehreren Jahren kommt es gerade im Frühverkehr zu umfangreichen Stauungen vor den drei Ampeln am Leonhardplatz in Richtung stadteinwärts. Zusätzlich zu den drei Ampeln wird der Rhythmus des Verkehrs noch durch die Schaltung der Straßenbahnen und durch das Einbiegen von Gelenkbussen in Richtung Ragnitz behindert. Durch die Kumulation dieser Komponenten wird der Verkehrsfluss erheblich behindert, was nicht unbedingt zur Feinstaubreduktion beiträgt. Ich stelle daher namens des FPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, zu überprüfen, ob die derzeitige Ampelschaltung und die Einbindung des Busverkehrs in Richtung Ragnitz den Erfordernissen einer modernen Verkehrsführung, unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Stauvermeidung, entsprechen.

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

11.02.2009

Betrifft: **Umbenennung der Hauptbrücke in Erzherzog Johann Brücke**
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Die 1890 errichtete und 1964 abgerissene Hauptbrücke bildete gemeinsam mit dem „Eisernen Haus“, aus dem in jüngster Vergangenheit das Kunsthaus wurde, im Zentrum der Stadt ein hervorragendes Ensemble der Eisenbaukunst. Der konstruktive Eisenbau erlebte in der Steiermark erst verhältnismäßig spät seinen Durchbruch. Die Leistungen auf dem Gebiet des Stahl- und Eisenbaus sind nicht zuletzt auf die wissenschaftliche Ausbildung an den steirischen Hochschulen zurückzuführen.

Hier schließt sich nun auch der Kreis zu Erzherzog Johann, der im Jahre 1811 das Joanneum als Forschungsgesellschaft gründete, womit er den Grundstein für die spätere TU Graz legte. 1815/1816 reiste Erzherzog Johann nach England um sich dort persönlich über die Fortschritte und neuesten Entwicklungen des Eisenbaus zu informieren.

Was würde sich nun besser eignen, als den großen Sohn der Steiermark in seinem Jubiläumsjahr zu ehren und die Grazer Hauptbrücke nach ihm zu benennen? Die Stadt Graz würde mit einem derartigen Schritt vor allem drei wesentliche Signale aussenden:

- 1.) Erzherzog Johann als Brückenbauer, der zu Lebzeiten sowohl einen Brückenschlag zwischen Adel und Bürgertum, als auch zwischen Stadt –und Landbevölkerung gewagt hat.
- 2.) Erzherzog Johann, der wesentlichen Anteil am Ruf der Steiermark als Technikland hat.
- 3.) Erzherzog Johann der Pionier der Landwirtschaft. Auch in der Stadt gäbe es ohne die Erträge der Landwirtschaft kein Leben.

Erzherzog Johann hat unserer Stadt im Bereich der Wissenschaft aber auch im gesellschaftlichen Bereich neue Dimensionen eröffnet, weshalb er ein mehr als würdiger Namensgeber der Grazer Hauptbrücke wäre. Daher stelle ich namens des FPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, die Grazer Hauptbrücke in „Erzherzog Johann Brücke“ umzubenennen.

eingbracht am: 11.2.2009



ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Gerald Grosz und Georg Schröck
betreffend den Erhalt der Inlandsflugverbindungen der AUA am Standort Graz

Der fliegende Stolz unseres Landes, die Austrian Airlines, befindet sich aufgrund des Missmanagements der AUA-Führung und der Unprofessionalität der ÖIAG – geduldet durch die SP/VP-Bundesregierung – in ihrer bisher größten Krise. Im Rahmen der Übernahme durch die deutsche Lufthansa ist nunmehr von Jobabbau und einer Verkleinerung des Flugplanes die Rede.

Nun hat die neue AUA-Führung definitiv angekündigt, die Streichung von Inlandsflugverbindung am Standort Graz per März 2009 durchführen zu wollen.

Die Wien-Flüge sind seit jeher ein fixer Bestandteil des Austrian Airlines Streckennetzes. Sie dienen hauptsächlich als Zubringer Verbindung zu weiteren AUA Destinationen in der ganzen Welt. Sie sind aber auch für die Standortpolitik der Steiermark und der Stadt Graz essentiell: Ein Anschluss an das internationale Flugnetz ist für die Neuansiedelung von Betrieben (aber auch für die Erhaltung von Standorten) ein wesentlicher Faktor.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert in umgehenden Verhandlungen mit der neuen Führung der AUA alles daran zu setzen, damit die inländischen Flugverbindungen zwischen der Landeshauptstadt Graz und anderen Destinationen unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.“

eingbracht am: 11.2.2009



ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Gerald Grosz
**betreffend das drohende Ende der Arche-Noah-Tierrettung aufgrund der
Hinhaltetaktik der Stadt Graz**

Und wieder sorgt die kuriose „Tierschutzpolitik“ der Stadt Graz für Schlagzeilen. Diesmal steht die Grazer Tierrettung der Arche Noah nach Monaten und Jahren der Hinhaltetaktik nun mit 15.2.2009 endgültig vor dem Aus. Wenn die Stadt Graz hier nicht bereit ist – ausständige Zahlungen für die Besorgung der Tierrettung – zu zahlen droht das Ende dieser Einrichtung.

Tierschutz ist Menschenschutz. Alle öffentlichen Institutionen haben sich spätestens seit dem Bundestierschutzgesetz zu einem effizienten Tierschutz zu bekennen und diesen auch zu unterstützen. Finanzielle Ausstände seitens der Stadt aus vergangenen Jahren – kolportiert werden mehr als 400.000 Euro – sind im Interesse eines funktionierenden Tierschutzes zu begleichen.

Am 30.1.2009 fand im Bürgermeisterbüro eine diesbezügliche Besprechung mit Vertretern der Arche Noah statt. Der Bürgermeister ließ sich durch seinen Büroleiter und den lt. Geschäftseinteilung für Kommunikation zuständigen Fachreferenten im Büro Herrn Enrico Radaelli vertreten. Seit diesem Gespräch sind wieder Wochen vergangen, die zuständigen Mitarbeiter im Büro des Bürgermeisters lassen sich am Telefon verleugnen und eine fruchtbare Lösung für den Grazer Tierschutz ist nicht in Sicht.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl wird umgehend aufgefordert, in persönlichen Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern des Aktiven Tierschutz Steiermark – Arche Noah die Finanzierung der Tierrettung dieser Einrichtung sicherzustellen und alles daran zu setzen, dass offene Verbindlichkeiten seitens der Stadt Graz beim Aktiven Tierschutz Steiermark – Arche Noah schnellstmöglich beglichen werden.“

eingetragen am: 11.2.2009



ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Gerald Grosz

betreffend die Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Kreuzung Hergottwiesgasse - Fasangartengasse (Süd-Östlicher Seite)

Das Einfahren von Fahrzeugen in die Hergottwiesgasse ist von der Fasangartengasse (westliche Seite) durch links abgestellte Kraftfahrzeuge (Hergottwiesgasse nördlich) fast unmöglich, daher ist es unumgänglich einen Verkehrsspiegel im Kreuzungsbereich auf der südöstlichen Seite Richtung Norden zeigend anzubringen.

Bei der derzeitigen Situation müssen Kraftfahrzeuglenker sehr weit in den Kreuzungsbereich einfahren, daher kommt es immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (Straßenbahn) und anderen Kraftfahrzeugen. Auf diesen Umstand haben die Funktionäre des BZÖ Frau Marina Soral und Herr Arnold Sorko bereits mehrmals aufmerksam gemacht.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Referentin Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird ersucht, im Wege des Straßenamtes die Anbringung eines Verkehrsspiegels im erwähnten Kreuzungsbereich zu veranlassen.“